

Antrag

der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, René Springer, Paul Viktor Podolay, Waldemar Herdt, Dr. Anton Friesen, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund, Udo Theodor Hemmelgarn, Rüdiger Lucassen, Gerold Otten, Christoph Neumann, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Tino Chrupalla, Dietmar Friedhoff, Franziska Gminder, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Dr. Bruno Hollnagel, Jens Kestner, Norbert Kleinwächter, Jens Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Frank Pasemann, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Atomare Mittelstreckenwaffen aus Europa verbannen – Europäischen INF-Vertrag verhandeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der bisherige INF-Vertrag, der gegen den Widerstand der SPD, der Grünen und anderer Linker durch die Standhaftigkeit der Bundeskanzler Schmidt und Kohl 1987 abgeschlossen werden konnte, war und ist für die Sicherheit Europas von großem Nutzen.

Die vertragschließenden Nationen, die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Russland (als Rechtsnachfolger der Sowjetunion), haben mittlerweile angekündigt, den noch bestehenden INF-Vertrag zu kündigen bzw. zu verlassen. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass seit 1987 weitere Nationen über atomare Mittelstreckenwaffen verfügen, die bisher nicht vertraglich eingebunden sind. Eine weltweit wirksame Vereinbarung zur Ächtung atomarer Mittelstreckenwaffen ist zwar wünschenswert und sollte energisch verfolgt werden, ist aber dennoch absehbar nicht zu erwarten.

Da nun offensichtlich weder der bisherige INF-Vertrag bewahrt werden kann, noch eine ihm entsprechende weltweit wirksame Vereinbarung kurz- oder mittelfristig in Sicht ist, liegt es im europäischen Interesse, zumindest zuerst für Europa eine Folgevereinbarung des INF-Vertrages abzuschließen.

Da die Vereinigten Staaten vertragsgemäß bis heute über keine nuklearen Mittelstreckenraketen verfügen, findet das Argument, durch eine europäisch-russische Vereinbarung würde ein Keil in die transatlantischen Beziehungen getrieben, keine Anwendung.

Deshalb ist es im deutschen Interesse, dass die europäischen NATO-Partner eine eigene Initiative entwickeln, um das Gespräch mit Russland zu suchen. Ziel dieser Initiative sollte es sein, für Europa vom Atlantik bis zum Ural eine vertragliche Vereinbarung zu finden, welche die Bedrohung Europas durch atomare Mittelstreckenwaffen wirksam und überprüfbar ausschließt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich die Initiative zu ergreifen für den Abschluss eines Abkommens Deutschlands mit den übrigen europäischen Nationen zur Verbannung atomarer Mittelstreckenraketen vom europäischen Kontinent,
2. diese Initiative in allen Phasen eng und vertrauensvoll mit den NATO-Partnern abzustimmen,
3. flankierend hierzu die Verteidigungsfähigkeit der europäischen NATO-Partner im konventionellen Bereich wiederherzustellen, wobei Deutschland durch die Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft aller Bundeswehrverbände ein Beispiel geben muss.

Berlin, den 18. März 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion